

Nationale Initiative Zwölf Punkte für Soziale Einwanderungspolitik

Asylsuchende, Bundesbürger und Flüchtlinge

Paul Dolan, Elke Hoppe Dolan

Economic Forum Deutschland gem. e.V.

Frankfurt/Main, 6. Mai 2015: Während dieser Artikel geschrieben wird, ist es den Autoren bewusst, dass sich in diesem Augenblick Tausende – wahrscheinlich eher Zehntausende – von verzweifelten, hoffnungsvollen Menschen aus Afrika den temperamentvollen Frühlingsströmen und den tosenden Wellen des kalten Mittelmeeres aussetzen, um nach Europa zu kommen. Die Gefahren, die diese Seereisen begleiten und die Tatsache, dass sich vor ihnen schon zahllose Seelen auf den Weg nach Europa machten und ertranken, sind ihnen bewusst. Kinder mit und ohne Eltern, alleinstehende schwangere Mütter, junge und alte Frauen und Männer sind dabei, dieses Wagnis einzugehen, denn das ist ihre einzige Hoffnung. Sie trotzen allen Gefahren, um einen Zufluchtsort in Europa zu finden, weit weg von den Gräueltaten ihrer Heimat. Sie haben eine lange Reise durch Afrika hinter sich.

Fortgetrieben durch Klimaveränderungen, religiöse Intoleranz, brutale Diktatoren und kriminelle Banden, Bürgerkriege oder nicht funktionierende Wirtschaften, Wassernot und karge Böden, entschieden sie sich, häufig heimlich, unter Deckung der Nacht, nach Europa aufzubrechen. Häufig zu Fuß und per Anhalter, machen sie sich auf ihren Weg aus Mali, Chad, Niger, dem Sudan, Eritrea oder Somalia, von Dorf zu Dorf bis zum Mittelmeer, wo sie enorme Summen bezahlen, um einen Platz auf einem unsicherem, überfülltem Boot zu bekommen. Was sie in Europa erwartet, ist ihnen egal; alles ist besser als das, was sie hinter sich lassen möchten. Und Europa ist christlich und wohlhabend.

Und doch, der Flüchtlingsstrom aus Afrika ist nur eine Quelle der potenziellen Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchenden, die nach Europa kommen wollen. Aus Syrien, Jemen, der Ukraine und jetzt Nepal, haben wir es mit Menschen zu tun, die Hilfe brauchen, die gerne nach Europa einreisen möchten. Schätzungen zufolge sind über 10 Millionen Afrikaner, im Augenblick, bestrebt nach Europa zu kommen. Die Anzahl der Asylsuchenden in Deutschland ist um 100% allein seit 2014 von 200 auf 400 Tausend gestiegen.

Das „Christliche Europa“ hat ein Gewissen. Wir Europäer stehen vor gewaltigen Herausforderungen; sie müssen systematisch und

langfristig durchdacht und gemeinsam mit den anderen EU-Partnern gelöst werden.

Vladimir Putins Russland bedroht Europa mit seinen expansionistischen Plänen von einem Groß-Russland und seinem Militär. Die Annexion der Krim ist ein Beispiel dafür.

Die EU muss genau so zusammen stehen, wie in der Ukraine-Krise, um die Bewältigung der Afrikanischen Herausforderungen annehmen zu können. Europa kann seinen Rücken nicht zu Menschen in Not drehen. Wie Europa mit den Katastrophen des Mittleren Osten, Afrika und sonst wo fertig wird, ist eine schwer zu beantwortende, politische Frage, die finanzielle und sozial-ökonomische Konsequenzen mit sich bringt.

Diese Herausforderungen, aber auch Chancen in der richtigen Dimension zu betrachten, ist eine wichtige politische Aufgabe. Viele sehen nur die kurzfristige Rettungsaktion und haben übersehen oder nicht erkannt, dass eine große Chance für die Länder Europas darin besteht, Experten aus Industrie, Wissenschaft, Regierung und Universitäten zusammen zu bringen, um mit den Afrikanern gemeinsam die jeweiligen Länder als selbständige, autarke Länder zu entwickeln.

Es ist eine große Probe für Europa, als EU zusammen zu stehen, um Afrika mit modernen *Nation-Building* Konzepten auf die Beine zu helfen. Für Europa könnte hier die größte Chance und Herausforderung des Jahrhunderts bestehen.

Mögliche Lösungsansätze:

Zunächst einige unsoziale Ansätze, die es zu vermeiden gilt.

Praxis der **unsozialen** Einwanderungspolitik

- Gemeinden/Kommunen ohne ihre Zustimmung und/oder ohne ausreichende finanzielle Mittel, Flüchtlinge zu zu- teilen, ist für alle Beteiligten unsozial und unzumutbar.
- Es ist unzumutbar und unsozial, deutschen Bürgern Flüchtlinge in den Gemeinschaften zuzuteilen, die von der Anzahl einen hohen Prozentsatz zur vorhandenen Bevölkerung ausmachen.
- Es ist unsozial, Menschen in Not nicht zu helfen. **Wir sind aufgefordert Menschenleben zu retten.**
- Es ist unsozial, Italien und andere anreihenden Mittelmeerländer mit dem Flüchtlingsproblem **nicht** zu unterstützen.

- Menschen aufzunehmen, ohne ihnen klar zu machen, was aus ihnen wird; wie der Plan für ihre Zukunft in Deutschland aussehen könnte.
- Flüchtlinge in einer Wohnung in Deutschland unterzubringen, ihnen ein paar Hundert Euro monatlich für Unterstützung zu geben, damit sie einkaufen können und sie nach einigen Jahren der Integration und Beherrschung der deutschen Sprache, wieder nach Hause abzuschicken.
- Flüchtlinge in einem Land unterzubringen, wo 50% der Bevölkerung schon vor ihrer Ankunft gegen sie sind.
- Flüchtlinge, ohne sie zu beschützen, Rechtsradikalen aussetzen.
- Es ist naiv zu glauben, dass junge Ausländer, die in Deutschland leben und wahrnehmen, wie gut Deutsche leben (Autos, Häuser, gut gekleidete, attraktive Menschen auf den Straßen, fortschrittliche Arbeitsplätze in modernen Gebäuden und so weiter), dass sie NICHT gewalttätig werden, wenn sie merken, dass sie nicht an unserer Gesellschaft teilnehmen dürfen, weil sie nie eingestellt werden.

- Es ist nicht fair und es ist auch unmoralisch und unsozial, Menschen in Deutschland durch andere religiöse Auffassungen zu quälen und die Bevölkerung den daraus resultierenden Gefahren auszusetzen.
- Es ist unsozial, Menschen, nachdem sie sich integriert haben oder sogar ein Zuhause in Deutschland aufgebaut und Arbeit gefunden haben, abzuschieben.
- Es ist unsozial und nicht zulässig, dass die deutsche Bevölkerung dem Gefahrenpotential Moslemischer Islamisten, die Flüchtlinge begleiten und sich in Deutschland evtl. radikalieren, auszusetzen.

Zwölf Lösungsansätze in Verbindung mit deutschen Behörden wie z.B. der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

1. Menschen, die als Flüchtlinge aus humanitären Gesichtspunkten in Deutschland aufgenommen werden, müssen wissen, dass ihr Aufenthalt für **24 Monate befristet** ist. Ein schriftliches Einverständnis muss dies bestätigen.
2. **Flüchtlingszentren** sollten geschaffen werden, die als geschützte und extra-territorialen Zonen ausgewiesen werden, um Flüchtlinge auf ihre Rückkehr nach Afrika **vorzubereiten**. Hier werden sie vorbereitet, in ihre Heimatländern zurückzukehren und dort z.B. die Landwirtschaft, das Bildungssystem, die Infrastruktur, Gesundheitswesen, Wirtschaft, Energie und Verwaltungssystem auszubauen.
3. Mütter, die in den **Flüchtlingszentren** wohnen und Kinder in Deutschland zur Welt bringen, erhalten per *Jus soli* keine deutsche Staatsangehörigkeit, sondern behalten *Jus sanguin* die Staatsangehörigkeit der Mutter oder Eltern.

4. Individuelle Konzepte, landesgerecht für die jeweiligen Länder und die dazu gehörigen Flüchtlingszentren, werden Vorteile der Geografie, der Ökologie und Ökonomie des Landes mit den Afrikanern im Zentrum entwickeln.

Deutsche und Europäische Experten aus Forschung, Universitäten, Industrie und Regierung werden mit den Afrikanern zusammen arbeiten und trainieren.

5. **Flüchtlingszentren** werden mit der Herkunft der Menschen korrespondieren; d.h., Flüchtlinge aus z.B. Gao, Mali, werden in Mali-Flüchtlingszentren in Deutschland untergebracht.
6. In den **Flüchtlingszentren** werden die Flüchtlinge in Deutschland zusammen leben, essen und arbeiten, um zu lernen, wie sie zusammen ihre Herkunftsländer erfolgreich ausbauen können. Deutsche und Europäische Experten, vertraut mit den Bedingungen und Beschaffenheit der Herkunftsländer werden eingesetzt, um zu unterrichten.
7. Bewerbungsverfahren werden für Flüchtlinge angeboten, die in Deutschland die Sprache lernen und Arbeit suchen, um in Deutschland bzw. der EU zu bleiben.

8. Deutsche Unternehmer werden unterstützt, mit den **Flüchtlingszentren** zusammen zu arbeiten. Dabei werden Investitionen der Unternehmen in den Herkunftsländern in unterschiedlichen Formen von der EU und Deutschland unterstützt.
9. Zero Toleranz: Es wird für s.g. „Ehren Praxen oder Familienselbstjustiz“ gegen, z.B. Frauen und Mädchen – weder aus religiösen, kulturellen oder traditionellen Gründen auf deutschem Boden irgendeine **Toleranz** geben. Zuwiderhandlungen führen zur sofortigen Deportation zurück ins Heimatland.
10. Internationale Wirtschaftshilfe (gemäß GTZ) wird gefördert für Länder, die **Flüchtlingszentren** unterhalten und zurück gehalten bei Ländern, die Flüchtlinge verursachen oder nicht unterstützen.
11. Zu Ländern, wie Kenia und Ägypten, die **Flüchtlingszentren nach diesem Modell aufbauen**, um Menschen auf eine Rückkehr in ihre Heimatländer vorzubereiten und sie produktiver zu machen, werden Deutschland und die EU finanzielle Unterstützung anbieten.

12. Asylsuchende werden in den Flüchtlingszentren bis zur Beurteilung ihres Antrages untergebracht.

Die bedingungslose Akzeptanz Deutscher Gesetze und des Deutschen Grundgesetzes werden bei der Aufnahme schriftlich bestätigt.

Veranstaltung auch zu diesem Thema:

„Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden“

ist das Thema mit dem das Economic Forum Deutschland gem. e. V. zusammen mit Frau **Dr. h.c. Petra Roth**, ehem. Oberbürgermeisterin, Frankfurt/Main und Präsidentin des Deutschen Städte- und Gemeindebundes diesen inspirierenden Abend verbringen werden.

Spitzenkräfte aus **Bund, Land und Kommunen werden** über die Zukunft **unserer Städte und Gemeinden debattieren.**

Datum: 22. September 2015, 18:30-21:00

Ort: Neue Stadthalle, Langen in Hessen

Kosten: 35€

Sponsoren: Partner für den Abend und die Umsetzung des Programmes in diesem Artikel werden gesucht.

Unterstützen Sie als Teilnehmer, Spender oder als Sponsor. Helfen Sie mit, die Zukunft unserer Städte mit zu gestalten, die Nation Building in Afrika voranzutreiben und die EU stärker zu auszubauen.

ECONOMIC FORUM DEUTSCHLAND

Mitglieder, die im Economic Forum Deutschland mitwirken wollen, werden gesucht.

Mehr darüber und Anmeldungen unter:
www.economic-forum-deutschland.de

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr Paul Dolan



Paul Dolan

Gründer und
Vorsitzender
des Vereins

Ihre Elke Hoppe Dolan



Elke Hoppe Dolan

Mitgründerin, stv-
geschäftsf. Vor-
standsvorsitzende

Über das ECONOMIC FORUM DEUTSCHLAND

Das Economic Forum Deutschland gem. e.V. ist eine unabhängige, branchen- und parteiübergreifende Organisation, deren Zielsetzungen der Zukunft des Landes und der EU gewidmet sind. Seit 2002 entwickeln unsere Mitglieder und Förderer innovative Konzepte für eine wachsende Gesellschaft in einer globalisierten Welt. Unternehmer und Führungskräfte der Industrie, Dienstleistungs- und Finanzwelt, der Verwaltung, Wissenschaft und Politik sind eingeladen, mitzuwirken.

ECONOMIC FORUM DEUTSCHLAND

Der Verein hat vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit für die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens erhalten. Unsere Mitglieder und Förderer unterstützen Frieden, Freiheit, die soziale Marktwirtschaft, Bildung, Unternehmertum und internationale Zusammenarbeit. Die Nachhaltigkeit des Vereins wird durch Privat- und Firmenmitgliedschaften, Spender, Sponsoren, öffentliche Veranstaltungen und Projektfinanzierung gesichert.

www.economic-forum-deutschland.de